

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Inhaltsverzeichnis

- | | | | |
|----|---|----|--|
| 02 | Generalaussprache nach Regierungserklärung | 15 | Eine moderne Infrastruktur |
| 03 | Rentenpaket bedeutet Gerechtigkeit | 16 | Landwirtschaft voranbringen |
| 05 | Leistungsleistung von Menschen anerkennen | 17 | Die neue Umweltpolitik |
| 06 | Energiewende: Kostendynamik durchbrechen | 18 | Steinmeier für aktive Außenpolitik |
| 07 | Keine neuen Schulden von 2015 an | 19 | Operation Active Endeavour wird fortgesetzt |
| 08 | Mehr für die Pflege und Versorgung tun | 20 | Patriot-Einsatz wird fortgeführt |
| 10 | Die künftige Innenpolitik | 20 | Die Bundeswehr für die Zukunft stärken |
| 11 | Mietpreisbremse und Frauenquote kommen | 21 | Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik |
| 12 | Gesellschaftspolitik für vielfältiges Leben | 22 | Bundestag gedenkt Opfern des Nationalsozialismus |
| 13 | Bildungsgerechtigkeit im Mittelpunkt | | |

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE JOHANNA AGCI, TERESA BÜCKER, ALEXANDER LINDEN, ANJA
LINNEKUGEL,
TELEFON (030) 227-510 99 / **E-MAIL** REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 31.01.2014 14.00 UHR

TOP-THEMA

Deutschland Stück für Stück ein bisschen besser machen

Der neue SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann machte in der Generaldebatte nach Angela Merkels Regierungserklärung deutlich, was die Menschen von der Großen Koalition in den nächsten vier Jahren erwarten können: „Wir machen Deutschland Stück für Stück ein bisschen gerechter und besser“.

„Diese Regierungsbildung war die erste, die vom Ausgang eines Mitgliederentscheids abhängig war. Diese Herausforderung haben wir souverän gemeistert“, sagte Thomas Oppermann zu Beginn seiner Rede. Es gelte nun, den Koalitionsvertrag Punkt für Punkt zu realisieren. Vor der Presse hatte Oppermann bereits festgestellt: „Der Koalitionsvertrag ist eine Errungenschaft, die wir verteidigen. Wir werden keinen Streit über die Auslegung anfangen, sondern gemeinsam mit der Regierung die Umsetzung vorantreiben.“

Eine Einigung auf die Große Koalition sei auch deshalb zustande gekommen, so Oppermann vor dem Parlament, dass es in Deutschland einen Grundkonsens gebe zur sozialen Marktwirtschaft.

Zuvor hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in ihrer Regierungserklärung gesagt, der Kompass des Regierungshandelns sei die soziale Marktwirtschaft: „Der Mensch im Mittelpunkt unseres Handelns.“ Quellen eines guten Lebens seien Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, wirtschaftliche Stärke, Gerechtigkeit.

Oppermann führte aus, dass der Staat in der sozialen Marktwirtschaft Rahmenbedingungen dafür setze, dass Unternehmen Gewinne machen können, aber er achte auch darauf, dass Arbeitnehmerrechte geschützt werden. „Das eine darf nicht auf Kosten des anderen gehen“, sagt er. Und darum: „Der Mindestlohn gibt Arbeit Wert und Würde. Er beseitigt Lohndumping“. Die SPD hatte den Mindestlohn in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt.

Rentenreform ist eine Frage des Respekt

Auch die Rentenreform, eines der ersten Vorhaben der Großen Koalition, stehe für Gerechtigkeit und Würde. Oppermann: „Auch im Alter muss es einen Anspruch auf ein sicheres Auskommen geben!“ Oppermann machte deutlich, dass Generationengerechtigkeit „in beide Richtungen“ gehe. Die junge Generation werde im Blick gehalten: „Für sie kommt es darauf an, was wir bildungs- und wirtschaftspolitisch tun.“ Insofern sei auch die Investition in Bildung und Forschung ein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit.

Die Koalition hat sich vorgenommen, zügig die Energiewende voranzubringen. Strom muss erschwinglich bleiben; auch das steht unter dem Credo des Koalitionsvertrages – die Zukunft gestalten. Oppermann bekräftigt, dass „ein funktionierendes Energiesystem das Herz-Kreislauf-System einer Wirtschaft“ sei, mahnt aber auch: „Energie muss für die Menschen bezahlbar sein.“ Energiepolitik müsse im Interesse des Allgemeinwohls gemacht werden.

Deutschland ist ein Einwanderungsland

Eines der zentralen Anliegen der SPD-Fraktion ist die Abschaffung des so genannten Optionsmodells im Staatsangehörigkeitsrecht. Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, die Optionspflicht abzuschaffen. Junge Menschen mit ausländischen Wurzeln, die hier geboren sind, kommen nun nicht mehr in die Zwangslage, sich entscheiden zu müssen zwischen der deutschen Staatsangehörigkeit und der ihrer Eltern, sagte Oppermann vor dem Plenum. Die Gesellschaft sei „vielfältiger geworden“; im Parlament gebe es inzwischen genauso oft den

Namen Özdemir wie Meier. Er stellte fest: „Wir sind ein Einwanderungsland. Einwanderung ist keine Belastung, sondern eine Chance“. Schließlich profitiere Deutschland wie kein anderes Land in der EU von der Arbeitnehmerfreizügigkeit.

Die Große Koalition bringt eine gewaltige Mehrheit im Bundestag mit sich. Dessen seien sich die Regierungsfractionen CDU/CSU und SPD bewusst, versicherte Oppermann. Diese Mehrheit dürfe nicht zu Arroganz verleiten. Er erneuerte die feste Absicht der SPD-Fraktion, sich in puncto Minderheitenrechte schnell mit der Opposition einigen zu wollen. Jedoch, stellt Oppermann klar: „Kontrolle der Regierung ist zwar zuerst Aufgabe der Opposition, aber auch des gesamten Parlaments.“

Frauenquote beseitigt Diskriminierung

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD Eva Högl nannte in der Generaldebatte zwei Ziele, die ihr am Herzen liegen: „Verbesserungen für die Bürger und eine Modernisierung der Gesellschaft“. Als Beispiel führte sie die avisierte Mietpreisbremse an, die vor allem Mieterinnen und Mietern in Ballungsräumen helfen wird. Aber auch die Frauenquote, die die Diskriminierung von Frauen in der Arbeitswelt beseitige, gehöre in diese Felder.

Martin Dörmann, dritter Redner in der Aussprache, legt seinen Fokus auf die Kultur- und Medienpolitik des Bundes. Als erstes solle nun die Künstlersozialversicherung abgesichert und gestärkt werden. Das habe auch die zuständige Ministerin Andrea Nahles schon angekündigt. So steht es im Koalitionsvertrag. Danach gelte es, die Medienordnung neu zu gestalten. Dazu sagte Dörmann: „Der SPD-Fraktion ist es wichtig, die Frage zu klären, wie in einer veränderten Medienwelt die Freiheit und Vielfalt der Medien gesichert werden kann“. Denn freie Medien seien eine „Grundvoraussetzung für eine Demokratie“.

SOZIALES

Das Rentenpaket bedeutet Gerechtigkeit und Respekt

An diesem Mittwoch hat das Kabinett den Weg für das Rentenpaket von Bundesarbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles (SPD) freigemacht. Mit diesem umfangreichen Gesetzesvorhaben beginnt die Große Koalition, die Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen. Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßte den Kabinettsbeschluss zum Rentenpaket.

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann stellte klar, dass es mit dem Rentenpaket darum gehe, Leistungen von Menschen anzuerkennen. Es würden keine Geschenke verteilt. „Deshalb geht es hier um Gerechtigkeit und Respekt“, erklärte Oppermann. Man sollte dabei nicht die Generationen gegeneinander ausspielen. Die SPD-Fraktion habe auch die Zukunftschancen der jungen Generation fest im Blick. Über die entschieden nicht die aktuelle Rentenpolitik, sondern die Investitionen, die in Bildung, Forschung, Infrastruktur und Wirtschaft getätigt und mit denen die Grundlage für künftige Einkommen und die künftige Rentenfinanzierung geschaffen würden.

Das Rentenpaket beinhaltet

- die abschlagsfreie Rente für Menschen, die mindestens 45 Jahre in die Rentenversicherung eingezahlt haben,
- die verbesserte Anerkennung von Erziehungszeiten für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden (sog. Mütterrente),
- höhere Renten bei Erwerbsminderung und

- eine Anpassung der Leistungen für Rehabilitationsmaßnahmen an die demographische Entwicklung.

Damit schließt das Rentenpaket Gerechtigkeitslücken. Dies kommt direkt bei den Menschen an. Deshalb stimmen nach einer Erhebung im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales auch 78 Prozent der Bevölkerung der abschlagsfreien ab 63 Jahren zu, 83 Prozent befürworten die Mütterrente, und 77 Prozent bejahen, dass Menschen, die aus Krankheitsgründen früher in Rente gehen müssen, bei der Erwerbsminderungsrente besser gestellt werden.

Die schnelle Umsetzung des Rentenpaketes sei auch ein Zeichen für die Verlässlichkeit dieser Regierung, sagte SPD-Fraktionsvizein Carola Reimann: „Wir setzen das um, was wir uns vorgenommen haben.“

Die verbesserte Rente sei das eine, die Bekämpfung der Erwerbsarmut das andere, sagte die arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Katja Mast: „Denn sichere Renten in Zukunft gibt es nur mit guter Arbeit in der Gegenwart. Deshalb werden wir auch nicht nachlassen, für gute Arbeit zu sorgen. Beispielsweise durch einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn, der als nächstes folgt.“

Abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren

Wer früh angefangen hat zu arbeiten, über Jahrzehnte hinweg in abhängiger Beschäftigung oder selbstständig tätig war und mindestens 45 Jahre lang in die Rentenversicherung eingezahlt hat, soll ab 1. Juli 2014 nach Vollendung des 63. Lebensjahrs ohne Abschläge in Rente gehen können. Ebenso anerkannt werden dabei Zeiten der Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen. Berücksichtigt werden auch kurzzeitige Arbeitslosigkeit bei Bezug von Arbeitslosengeld I oder andere Lohnersatzleistungen bei Weiterbildung, Schlechtwettergeld, Kurzarbeit oder im Insolvenzfall des Arbeitgebers. Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit werden nicht berücksichtigt. Das Zugangsalter für die abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren wird in den kommenden Jahren schrittweise auf 65 Jahre angehoben.

Damit die abschlagsfreie Rente nicht zu Frühverrentungen in Unternehmen führt, müssen auch die Arbeitgeber Verantwortung übernehmen. Sollte es dazu kommen, werde die Politik dagegen vorgehen, kündigte Thomas Oppermann in der Debatte zur Regierungserklärung der Kanzlerin an.

Bessere Anerkennung von Erziehungszeiten (Mütterrente)

Die Große Koalition will Frauen, deren Kinder vor 1992 geboren sind, bei der Rente besser stellen. Sie erhalten künftig einen Entgeltpunkt mehr für ihre Rente. Mit dieser Maßnahme werden die Erziehungszeiten der Frauen besser anerkannt, die durch fehlende Kinderbetreuungsplätze schlechtere Chancen bei der Berufstätigkeit in Kauf nehmen mussten. Bei den aktuellen Rentenwerten entspricht ein Entgeltpunkt 28,14 Euro im Westen und 25,74 Euro im Osten. Der Unterschied ergibt sich daraus, dass die Errechnung der Entgeltpunkte an die Lohnentwicklung gekoppelt ist.

Erwerbsminderungsrente verbessern

Wer krankheitsbedingt oder wegen eines Unfalls nicht mehr oder nur noch eingeschränkt arbeiten kann und auf eine Erwerbsminderungsrente angewiesen ist, dessen vorherige Arbeitsleistung soll mehr Wertschätzung erhalten. Deshalb soll die so genannte Zurechnungszeit um zwei Jahre verlängert werden. Dabei wird so getan, als ob die Betroffenen, seit sie erwerbsgemindert sind, so wie bisher mit ihrem durchschnittlichen Einkommen weitergearbeitet hätten. Damit wird die Lücke auf dem Rentenkonto gefüllt, ohne dass dafür Beiträge gezahlt werden müssen. Da viele Betroffene bereits vor dem Beginn ihrer Erwerbsminderung Einkommenseinbußen z. B. durch Krankheit oder Wechsel in Teilzeit

hinnehmen müssen, was den Durchschnittsverdienst absenkt, sollen künftig die letzten vier Jahre vor der Rente diesen Wert nicht mindern.

Reha-Budget erhöhen

In unserer älter werdenden Gesellschaft kommt es darauf an, die Erwerbsfähigkeit der Menschen möglichst lange zu erhalten. Dazu sind u. a. Maßnahmen der medizinischen Rehabilitation notwendig. Die Rentenversicherungsträger hatten dafür bisher ein begrenztes Budget zur Verfügung. Dieses Budget soll bereits von 2014 an um rund 100 Millionen Euro und in den folgenden Jahren um gut 200 Millionen erweitert werden. Es kann wieder reduziert werden, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gegangen sind.

Finanzierung des Rentenpakets

Die Kosten des Rentenpakets sollen in diesem Jahr bei 4,4 Milliarden Euro liegen, das sind weniger als zwei Prozent der aktuellen jährlichen Ausgaben der Allgemeinen Rentenversicherung. Davon macht die sog. Mütterrente drei Viertel davon aus. 2015 sollen die Kosten auf 9 Milliarden Euro steigen, bis 2020 auf 10 Milliarden Euro pro Jahr und bis 2030 auf 11 Milliarden pro Jahr.

Die Finanzierung sichert die Große Koalition durch stabile Beitragssätze ab. Dazu hat sie bereits Ende 2013 ein Gesetz beschlossen, das verhindert, dass die Beiträge auf Grund der Rücklagen in den Rentenkassen gesenkt werden. Die Mehrausgaben können somit aus den Rücklagen finanziert werden. Zudem wird von 2019 an der Bundeszuschuss aus Steuermitteln an die Rentenversicherung erhöht.

Das Gesetzentwurf zum Rentenpaket soll Anfang April in den Bundestag eingebracht und Ende Mai vom Parlament beschlossen werden.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales bietet auf www.rentenpaket.de umfangreiche Informationen zum Rentenpaket an.

ARBEIT

Lebensleistung von Menschen besser anerkennen

Am Mittwoch hat der Bundestag über die Vorhaben der Koalition in der Arbeits- und Sozialpolitik diskutiert. Bundesministerin Andrea Nahles (SPD) sagte in der Debatte, mit dem vorgeschlagenen Rentenpaket gehe es darum, Deutschland gerechter zu machen. „Wir wollen die Lebensleistung von Menschen besser anerkennen.“ Die Ministerin betonte, dass Lebensleistung mehr umfasse als Erwerbsarbeit. Viele Frauen hätten ihr ganzes Leben lang gearbeitet, „aber Arbeiten im Beruf war nicht drin“, erklärte Nahles. Über die Mütterrente erhielten jetzt viele Frauen und auch einige Männer die Anerkennung, die sie verdienten.

„Diejenigen, die hart gearbeitet haben, bekommen jetzt die Chance, nach 45 Jahren abschlagsfrei in Rente zu gehen. Das ist verdient, nicht geschenkt“, sagte Nahles. Das schließe Gerechtigkeitslücken in der Rente. Das Rentenpaket berücksichtige auch, dass Erwerbsbiografien nicht immer ohne Brüche verliefen.

Weitere wichtige Themen in dieser Legislatur werden die Ordnung auf dem Arbeitsmarkt sein, die Bekämpfung des Missbrauchs von Werkverträgen und die Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit. Zudem soll die Leiharbeit geregelt werden.

Nahles kündigte als weiteres großes Gesetzespaket das Thema Inklusion von Menschen mit Behinderung an. „Wir wollen nicht mehr über Inklusion reden, sondern Inklusion konkret

machen", so die Ministerin. Sie kündigte an, ein Teilhabegesetz vorzulegen. Sie bat jedoch um Geduld, denn Gründlichkeit gehe vor Schnelligkeit.

Der Fachkräftemangel solle ein Schwerpunktthema für die gesamten vier Jahre sein und auch darüber hinaus bleiben, so Nahles. Weitere wichtige Themen sind Vereinbarkeit sowie Langzeitarbeitslosigkeit. Sie schloss ihren Redebeitrag mit den Worten: "Nur wenn wir es schaffen, Arbeit Wert und Würde zurückzugeben, werden wir eine starke Wirtschaftsnation bleiben. Das Wort wollen wir halten, dass es gerechter zugeht."

Als zweite Rednerin für die SPD sprach Carola Reimann, die seit Kurzem als neue stellvertretende Fraktionsvorsitzende für Arbeit und Soziales zuständig ist. Sie sagte, das Rentenpaket könne "sich sehen lassen, da es ganz konkrete Besserungen bringen wird". Zudem werde es umfassend im Parlament beraten, so dass auch noch Anpassungen möglich seien. Das Paket beabsichtige nicht eine Frühverrentungswelle loszutreten, und sollte es so kommen, werde mit geeigneten Maßnahmen darauf reagiert. Hier seien auch die Unternehmen in der Verantwortung, betonte Reimann.

Rentenpaket stärkt Prävention und Reha

Aus der Sicht der ehemaligen Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses kämen in der öffentlichen Debatte gerade zwei wichtige Punkte des Rentenpakets zu kurz: Der Fokus der Änderungen liege ausdrücklich auf Prävention und Rehabilitation. Es sei ein Ziel der Vorhaben, möglichst viele Menschen lange und aktiv am Arbeitsleben teilhaben zu lassen. Der Gesundheitsschutz sei deshalb klar im Koalitionsvertrag verankert. Insbesondere bei psychischen Erkrankungen müsse mehr getan werden. "Wir betreiben eine vorsorgende Politik, die die Zukunft im Blick hat", so Reimann.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Die SPD-Abgeordnete Katja Mast betonte in ihrer Rede noch einmal, dass es mit den Sozialdemokraten in der Regierung nun vorwärts gehe: So werde endlich der flächendeckende Mindestlohn für Ost und West kommen und "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" für Frauen und Männer geregelt.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Energiewende: Kostendynamik durchbrechen

Deutschland steht vor einer gigantischen Herausforderung: die Energiewende weiter auf Erfolgskurs halten und zugleich die Kostenexplosion bei den Strompreisen eindämmen. Die Große Koalition hat die Energiewende und die damit einhergehende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) zu einem der ersten und wichtigsten Themen auf ihrer Agenda erklärt.

Am Donnerstagmorgen hat Bundeswirtschafts- und Energieminister Sigmar Gabriel (SPD) seine Pläne zur Energiewende und die Grundzüge seiner Wirtschaftspolitik vorgestellt.

Im Zentrum dieser Politik stehe die soziale Marktwirtschaft, die ein „Erfolgsmodell für Deutschland und Europa sei“, so Gabriel. Denn: „Wirtschaftspolitik ist immer auch Gesellschaftspolitik“. Zweifelsohne sei die Lage in Deutschland momentan recht gut – aber die Investitionsquote sei viel zu gering, mahnte der Minister. „Darum ist es gut, dass wir in die Infrastruktur, vor allem in die digitale Infrastruktur investieren.“ Der Koalitionsvertrag beinhalte hier sehr gute Vorschläge, die nun umgesetzt würden. Das bedeute letztlich auch ein Mehr an Freiheit, an Demokratie.

Die private Investitionsquote müsse steigen, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bräuchten eine höhere Investitionssicherheit. Darum wolle er sich kümmern. Heutzutage bestimmten Rohstoffe und Energiekosten viel stärker die Industrieentscheidungen als früher. Die Sicherung der Stromversorgung sei eine der wichtigsten Aufgaben moderner Wirtschaftspolitik. Würden in diesem Zusammenhang die Kosten nicht verändert, könne das zur „Deindustrialisierung“ der Bundesrepublik führen. Eine wirksame Kostenbremse im Energiesektor sei unabdingbar.

Ausnahmen bei Energieumlage weiter zulassen

Dazu gehöre auch, energieintensiven Unternehmen weiterhin Ausnahmen von der Energieumlage zu gewähren. Da die EU gegen diese Regelung Einspruch erhoben hat, kündigte Gabriel konstruktive Gespräche mit der EU-Kommission an. Auch den Bundesländern gegenüber machte Gabriel deutlich, dass er deren Bedenken aufnehmen will – „eine Energieumlage zum Nulltarif“ gebe es jedoch nicht.

Gabriel will neben Photovoltaik auch für Windkraftanlagen an Land (Onshore) einen so genannten atmenden Deckel einführen. Das bedeutet, wenn mehr neue Windräder als im Rahmen des Ausbaukorridors vorgesehen aufgestellt werden, sinkt automatisch die Einspeisevergütung für weitere Anlagen. Zudem soll die Vergütung im windstarken Norden sinken. Er kündigte an, über diese Punkte nun Gespräche mit den Bundesländern zu führen. Gabriel: „Wir fahren Onshore nicht vor die Wand!“ Das Gesetz soll noch vor der parlamentarischen Sommerpause verabschiedet werden.

„Wir müssen zumindest zu einer Stabilisierung der Kosten kommen. Denn die Energiekosten haben für private wie gewerbliche Konsumenten mittlerweile die Schmerzgrenze überschritten“, so Gabriel. „Ich verspreche keine sinkenden Strompreise“ – aber die Kostendynamik solle drastisch gebrochen werden. Er merkte an, dass das Gemeinwohl auch schwierige Entscheidungen erfordern könne.

Reformen von heute = Sicherheit von morgen

Hubertus Heil, SPD-Fraktionsvizechef, sagte, dass die Reformen von heute die Sicherheit von morgen bedeuten. Die Große Koalition wolle in den nächsten vier Jahren für eine „neue Ordnung am Arbeitsmarkt“ sorgen, dazu gehöre der Mindestlohn, die Eindämmung von Leiharbeit und Lohndumping. Außerdem solle die Binnennachfrage gestärkt werden. Zum EEG stellte Heil klar, dass es zunächst ein Markteinführungsinstrument gewesen sei, dass es aber nun um die „Marktdurchdringung“ gehe – also müsse es angepasst werden. Durch die Reformierung könnten die Kosten im Griff gehalten werden, so Heil vor dem Plenum. In Richtung der Kritiker sagte er: „Wer erneuerbare Energien will, darf nicht zum Anwalt von Einzelinteressen werden“. Er lud alle Beteiligten zu einem offenen Dialog ein.

Wolfgang Tiefensee, wirtschaftspolitischer Sprecher der Sozialdemokraten im Bundestag, nannte sechs Punkte, um die sich die Große Koalition bei ihrer Wirtschafts- und Energiepolitik kümmern werde: Das sind eine wirtschaftlich stabile EU, die Bekämpfung des Fachkräftemangels, die Eindämmung der Kostenexplosion bei den Energiepreisen, eine bessere (auch digitale) Infrastruktur, mehr Innovationsgeist (neue Gründerzeit) und ein stärkerer Bürokratieabbau.

FINANZPOLITIK

Keine neuen Schulden von 2015 an

Die Koalition will mehr Geld für Zukunftsinvestitionen bereitstellen und gleichzeitig die Neuverschuldung auf Null reduzieren. SPD-Fraktionsvize Carsten Schneider spricht von einem Paradigmenwechsel.

In der Debatte am Donnerstag zur künftigen Haushalts- und Finanzpolitik des Bundes machte Schneider deutlich, was solide und gerechte Finanzen für die SPD-Bundestagsfraktion bedeuten. Die Koalition habe sich vorgenommen, Einnahmen und Ausgaben so in Einklang zu bringen, dass Investitionen erhöht und von 2015 an keine neuen Schulden aufgenommen werden müssen. „Die Schuldenbremse gilt.“

In den letzten Jahren sei vor allem bei den Schwächsten gekürzt worden, beispielsweise bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik. „Wir machen das rückgängig“, so Schneider. „Die aktive Arbeitsmarktpolitik wird wieder erhöht.“ Zugleich gelte es, Zukunftsinvestitionen zu stärken: „Wir brauchen deutlich mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung, in die öffentliche Infrastruktur, aber auch in den privaten Sektor.“

Beim Thema Finanzmarktregulierung warb Schneider, der in der vergangenen Legislaturperiode haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion war, für ein strikteres Trennbankengesetz: Diejenigen, die einer Bank Einlagen geben, müssten sicher sein können, dass die Banken mit diesem Geld nicht zocken. Die Sozialdemokraten wollen daher die Investmentsparten stärker vom Privatkundengeschäft abkoppeln, um Sparer zu schützen.

Mit Blick auf die Stabilisierung des Euro sagte Schneider, langfristig komme es darauf an, „das Währungsgebiet des Euro mit einer politischen Union zu verknüpfen“. Dazu gehöre auch die Bankenunion, also eine EU-weite Bankenaufsicht. Dabei müsse darauf geachtet werden, dass derjenige, der Gewinne macht, auch mögliche Verluste trägt. Entscheidend sei daher ein glaubwürdiger und funktionierender Abwicklungsmechanismus. Banken müssten ordentlich abgewickelt werden können. Bei Verlusten müssten zu allererst Alteigentümer und Anleihegläubiger herangezogen werden. Das Ziel sei, dass zum Schluss der Steuerzahler möglichst gar nicht mehr einspringen muss

Entlastung der Kommunen

Johannes Kahrs, neuer haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, betonte in seiner Rede, dass es Kanzler Gerhard Schröder (SPD) gewesen sei, der diejenigen Reformen eingeleitet hatte, auf deren Grundlage der heutige Erfolg der Bundesrepublik stehe.

Kahrs unterstrich die Punkte, die die Sozialdemokraten versprochen und im Koalitionsvertrag durchgesetzt haben. Er nannte unter anderem die Entlastung der Kommunen, die Investitionen in die Infrastruktur, die Städtebauförderung und den Bundeszuschuss zur Rentenversicherung. Kahrs: „Hier hat die SPD geliefert“.

Der finanzpolitische Sprecher der Fraktion Lothar Binding ergänzte, dass die SPD Zinstrickereien ebenso wie Steuerschlupflöcher abschaffen will. Man werde auch internationale Konzerne wie Ikea, Amazon oder Starbucks dazu bringen, ihre Steuern in Deutschland gerecht zu bezahlen.

GESUNDHEITSPOLITIK

Mehr für die Pflege und die Qualität der medizinischen Versorgung tun

Die Gesundheitspolitik der Großen Koalition stellt die Patientinnen und Patienten in den Mittelpunkt, das machten ihre Rednerinnen und Redner in der Bundestagsdebatte am Donnerstag deutlich.

„Die Qualität unseres Gesundheitssystems, die dazu führt, menschliches Leid zu vermeiden, entscheidet über die Qualität unseres Sozialstaats“, sagte SPD-Fraktionsvize Karl Lauterbach. Die Politik müsse die Qualität ausbauen und das System bezahlbar halten. Er machte zudem deutlich, dass es ein Erfolg der SPD-Fraktion sei, dass die so genannte kleine Kopfpauschale in der GKV abgeschafft werde. Sie sei eine „Bedrohung für die Solidarität“. Denn danach musste jeder gesetzlich Versicherte, egal, ob er gut verdient oder nur geringe Einkünfte hat, den gleichen Betrag an die Kasse zahlen. Künftig können die Krankenkassen ihre Beitragssätze wieder selbst bestimmen. Der paritätische Beitragssatz liegt bei 14,6 Prozent. Sollte das nicht reichen, haben die Kassen die Möglichkeit, diesen zu erhöhen, und zwar prozentual und damit einkommensabhängig. Außerdem wird es einen Einkommensausgleich zwischen den Krankenkassen auch bei den Zusatzbeiträgen geben.

5 Milliarden Euro für eine bessere Pflege

Lauterbach hob außerdem hervor, dass die von der Koalition geplante Anhebung des Beitragssatzes in der Pflegeversicherung um insgesamt 0,5 Prozent, was 5 Milliarden Euro entspricht, „die größte Erweiterung des Sozialsystems“ bedeutet. Diese Anhebung soll laut Koalitionsvertrag in zwei Schritten erfolgen: Zunächst werden die Beiträge im kommenden Jahr um 0,3 Prozent angehoben, und später erfolgt eine weitere Anhebung um 0,2 Prozent. Davon werden 2 Milliarden für bessere Leistungen für Pflegebedürftige, ihre Angehörigen und das Pflegepersonal finanziert. Um künftige Beitragserhöhungen abzumildern, soll 1 Milliarde in einen Pflegevorsorgefonds fließen, und weitere 2 Milliarden werden für die Umsetzung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs zur Verfügung stehen.

Die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Hilde Mattheis, begrüßte, dass die Koalition sich darauf verständigt habe, den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff „schnellstmöglich“ in dieser Legislaturperiode einzuführen. Sie verwies darauf, dass der Koalitionsvertrag klare Projekte, Ziele und Zeiträume für die Gesundheitspolitik der Großen Koalition definiere.

Unterstützung bei Facharztterminen

Die SPD-Abgeordnete Sabine Dittmar stellte in ihrer ersten Parlamentsrede heraus, dass es wichtig ist, gerade mit Blick auf den ländlichen Raum die hausarztzentrierte Versorgung zu stärken. Gut für die Patientinnen und Patienten sei auch die geplante Aufnahme von Rückenleiden und depressiven Erkrankungen in die strukturierten Behandlungsprogramme. Zudem sollen künftig Terminservicestellen, die bei den Kassenärztlichen Vereinigungen angesiedelt werden sollen, die gesetzlich Versicherten dabei unterstützen, innerhalb von vier Wochen einen Facharzttermin zu bekommen.

Die Schwerpunkte der Gesundheitspolitik in der 18. Wahlperiode:

- die Sicherung der Fachkräfte in den Pflegeberufen und auch die Reform der ärztlichen Ausbildung,
- die Aufrechterhaltung einer guten medizinischen Versorgung, als Teil der Daseinsvorsorge, unabhängig vom Wohnort und dem Geldbeutel der Patientinnen und Patienten. Dies ist eine Herausforderung vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und des Rückgangs der Bevölkerung in ländlichen Gebieten. Dazu soll vor allem auch die Stärkung der hausärztlichen Versorgung beitragen und die Attraktivitätssteigerung der Ausbildung zum Allgemeinarzt bei jungen Medizinern.
- eine Qualitätsoffensive in den Arztpraxen und den Krankenhäusern. Hierzu soll ein neues Qualitätsinstitut Empfehlungen an den Gemeinsamen Bundesausschuss geben - dem obersten Beschlussgremium der gemeinsamen Selbstverwaltung der Ärzte, Zahnärzte, Psychotherapeuten, Krankenhäuser und Krankenkassen in Deutschland. Zudem sollen die Qualitätsberichte der Krankenhäuser verständlicher und transparenter werden. Ein Innovationsfonds in Höhe von 300 Millionen Euro soll neue, sektorübergreifende Versorgungsformen fördern und auch für die Versorgungsforschung bereit stehen.

- die Sicherung der Krankenhausfinanzierung. Hier sollen vor allem die Ausgaben für das Pflegepersonal stärkere Berücksichtigung finden.
- ein Präventionsgesetz soll das gesundheitsbewusste Verhalten der Menschen voranbringen und vorhandene Angebote besser miteinander verzahnen.

INNENPOLITIK

Sicherheitsbehörden werden kultursensibler agieren

Die künftige Innenpolitik der Großen Koalition wird sich vor allem mit drei Themenblöcken befassen, die der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Michael Hartmann, am Donnerstagabend im Bundestag skizziert hat.

Es geht erstens um die weitere Aufarbeitung der Moderserie des Nationalsozialistischen Untergrunds NSU. Dazu gehöre der Umbau der Deutschen Sicherheitsbehörden. Als Beispiel nannte Hartmann eine bessere Zusammenarbeit auf Bund- und Länderebene, aber auch Änderungen bei der Führung von so genannten Vertrauens-Leuten (V-Leute). Die SPD-Fraktion hatte dazu in der vergangenen Legislaturperiode ein Eckpunktepapier vorgelegt. Auch müsse es darum gehen, die Behörden bei ihrer Aufklärungsarbeit kultursensibler zu machen. Zudem müsse die Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rechtsextremismus stärker eingebunden werden.

Zweitens, so Hartmann, müssten die „Sicherheitsgesetze maßvoll um- und eingesetzt werden“; dazu zähle vor allem die Vorratsdatenspeicherung. Sie dürfe nicht zu einem Instrument der Ausforschung der Bürger werden. Es gelte zunächst, ein Urteil vom Europäischen Gerichtshof dazu abzuwarten. „Die Vorratsdatenspeicherung muss grundrechtsschonend und mit Richtervorbehalt“ umgesetzt werden, so der Innenpolitiker. Außerdem müssten die Daten der Bürger vor dem unberechtigten Zugriff Dritter geschützt werden.

Als dritten Punkt nannte Hartmann die Organisierte Kriminalität. Neben der Aufklärung etwa der NSA-Affäre müsse auch die Mafia im Blick gehalten werden. Er führte das Beispiel des Drogen- und Menschenhandels und der Zwangsprostitution an, die etwa aus Osteuropa drohe. Hartmann: „Der Staat darf nicht die Augen verschließen vor der Weiße-Kragen-Kriminalität“.

Die Präventionsarbeit müsse darum in allen Bereichen gestärkt werden, dazu gehöre auch, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Behörden gut zu bezahlen und ihnen Perspektiven zu bieten.

Hartmann schloss seine Rede mit der Bemerkung, die SPD sei eine Partei, die „soziale Sicherheit als Voraussetzung für innere Sicherheit“ sehe. Es dürfe nicht das Gefühl entstehen, „die Großen lässt man laufen, und die Kleinen werden gehenkt.“

Einigung bei der Optionspflicht ein guter Anfang

Der SPD-Innenpolitiker Lars Castellucci legte den Schwerpunkt seines Beitrags auf das Staatsangehörigkeitsrecht, das in den Augen der SPD-Fraktion reformiert werden muss. „Die SPD steht für ein modernes Deutschland mit einem modernen Staatsangehörigkeitsrecht“, sagte Castellucci. Mit Blick auf die Optionspflicht für junge Menschen mit ausländischen Wurzeln betonte er, es falle Betroffenen schwer, sich für eine Zugehörigkeit zu entscheiden. Niemanden bedrohe es, wenn jemand zwei Staatsangehörigkeiten habe. Er zitierte Betroffene, die sagen, sie seien hier geboren, sie arbeiteten hier, sie würden hier Steuern zahlen – warum sie dann nicht einfach alle Deutsche sein dürften? Es gehe dabei auch darum, seine Wurzeln nicht verleugnen zu müssen. Castellucci: „Ohne seine Wurzeln ist der Mensch nicht ganz“.

Er betonte, die Einigung mit der Union im Koalitionsvertrag sei „ein guter Anfang“. Demnach soll die Optionspflicht künftig für diejenigen entfallen, die nach 1990 hier geboren wurden.

Die neue sportpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Michaela Engelmeier-Heite erklärte, auf der sportpolitischen Agenda der nächsten vier Regierungsjahre stehe der Kampf gegen Doping und Spielmanipulation ganz oben. „Die SPD-Fraktion steht für die kulturellen und gesundheitlichen Aspekte des Sports; wir wollen die Werte und Ideale des Sports herausstellen“. Der organisierte Sport müsse stärker unterstützt werden.

Konkret nannte sie die nachhaltige Stärkung der Anti-Doping-Agentur Nada sowie schärfere strafrechtliche Maßnahmen gegen Doping unter Wahrung der Sportgerichtsbarkeit. „Sport lebt von Fairness“, so Engelmeier-Heite.

Der Koalitionsvertrag setze hier an entscheidender Stelle an. Im Februar werde es im Sportausschuss um die Themen Doping und Manipulation gehen.

RECHT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Koalition packt Mietpreisbremse und Frauenquote an

Justiz- und Verbraucherminister Heiko Maas will bereits im März einen Gesetzentwurf für eine Mietpreisbremse vorlegen. Er stellt seinen Fahrplan im Bundestag vor.

„Dass Justiz und Verbraucherschutz in einer Hand sind, ist eine gute Nachricht für Stromkunden, Internetnutzer, für Käufer und Kleinanleger“, sagte der Bundesjustiz- und verbraucherminister Heiko Maas (SPD) in seiner ersten Regierungserklärung im Deutschen Bundestag. Für den Verbraucherschutz in Recht und Wirtschaft gelte: „Die Zeit der Appelle ist vorbei.“

Maas benannte als eines der dringenden Projekte, den Verbraucherschutz auf dem Grauen Kapitalmarkt zu stärken. Das Beispiel des von Insolvenz bedrohten Unternehmens Prokon zeige, dass erheblicher Handlungsbedarf bestehe. „Risiken müssen offen gelegt werden, damit Anleger abwägen können, ob sie die Risiken eingehen wollen“, befand Maas. Er kündigte an, gemeinsam mit dem Bundesfinanzminister Vorschläge vorzulegen, wie die Irreführung von Anlegerinnen und Anlegern verhindert werden kann. Dazu soll auch die Zuständigkeit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) erweitert werden. Sie solle sich um den kollektiven Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern kümmern, bekräftigte der Minister.

Gesetzentwurf zur Mietpreisbremse kommt im März

Als wichtiges Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag nannte Maas die Einführung einer Mietpreisbremse, um dagegen vorzugehen, dass bei Wiedervermietungen die Preise in Großstädten um 20 Prozent und bis zu über 40 Prozent ansteigen. Einen Gesetzentwurf dazu will er bereits im März vorlegen. Auch in Großstädten müsse das Wohnen bezahlbar bleiben, sagte Maas: „Unsere Städte leben von der Vielfalt in den Wohnquartieren und nicht von der Separierung nach Einkommensgruppen.“ Die Bundesländer sollen künftig Gebiete benennen, in denen bei Wiedervermietung die Mietpreissteigerung maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen darf. Die Einführung des Bestellerprinzips, nach dem Makler künftig bezahlt werden sollen (wer bestellt, der bezahlt), bezeichnete er als überfällig, dies werde im zweiten Teil des Gesetzentwurfs geregelt.

Den Abhörskandal durch die NSA erklärte Maas für längst nicht erledigt. Vermeintliche Sicherheitsinteressen dürften die Bürgerrechte nicht einschränken.

Aus den Ermittlungsspannen bei der Aufklärung des NSU-Terrors will er Konsequenzen ziehen und Empfehlungen des Untersuchungsausschusses umsetzen. Dazu gehört die Stärkung des Generalbundesanwalts.

Benachteiligungen beseitigen

Rechtspolitik sei immer auch Gesellschaftspolitik, stellt Maas fest. Für zu viele Menschen sei es noch immer eine Utopie, ohne Benachteiligung leben zu können. Deshalb will der Justizminister die Benachteiligungen von eingetragenen Lebenspartnerschaften beseitigen; dazu hat er mit der Änderung des Adoptionsrechts begonnen. Des Weiteren wird er zusammen mit Frauenministerin Manuela Schwesig das Aktienrecht ändern und eine verbindliche Frauenquote in den Aufsichtsgremien der Unternehmen festschreiben.

Dazu bemerkte der rechtspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Burkhard Lischka, es gelte, „die männliche Monokultur in Firmen aufzubrechen.“ Ohne verbindliche Vorgaben würden „Schlipsträger andere Schlipsträger bevorzugen“. Es gebe genug gut ausgebildete Frauen, sagte Lischka.

Außerdem wies Lischka darauf hin, dass Deutschland nun endlich das Antikorruptionsabkommen der Vereinten Nationen unterzeichnen müsse. 169 Staaten hätten dies bereits getan. Abgeordnetenbestechung müsse strafbar sein.

Neue Perspektive in der Verbraucherpolitik

SPD-Verbraucherpolitikerin Elvira Drobinski-Weiß begrüßte, dass durch den Koalitionsvertrag das Leitbild vom „mündigen Verbraucher“ der Vergangenheit angehöre. Die Verbraucherpolitik werde sich nun am „realen Verbraucher“ orientieren, der nicht immer alles rational entscheide. Künftig habe die „Verbraucherforschung einen starken Einfluss auf Gesetzentwürfe“, sagte Drobinski-Weiß. Ein Sachverständigenrat mit unabhängigen Experten werde Gutachten abgeben und für eine „effektivere und effizientere“ Verbraucherpolitik sorgen.

FAMILIENPOLITIK

Schwesig verspricht Gesellschaftspolitik für vielfältige Lebensentwürfe

Die neue Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) hat eine "moderne Gesellschaftspolitik des 21. Jahrhunderts" angekündigt. Am Donnerstagabend erläuterte sie im Bundestag ihre Pläne für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen.

Schwesig betonte, sie werde eine Gesellschaftspolitik umsetzen, "die die Vielfalt der Lebensentwürfe der Menschen in unserem Land, die Vielfalt der Herkünfte und Kulturen als Chance begreift und nicht als Bedrohung. Und die vor allem dafür sorgt, dass die Generationen zusammenhalten." Politik müsse "Familien so annehmen, wie sie sind" und Menschen unterstützen, die füreinander Verantwortung übernehmen. Alleinerziehende bräuchten Unterstützung genau wie Regenbogenfamilien und Patchworkfamilien.

Für ihre Vorhaben skizzierte die Ministerin sechs Schwerpunkte:

- Eine Familienpolitik, die annimmt, dass Familien heute bunt sind und Familien bestmöglich unterstützt.

- Eine Starke Gleichstellungspolitik, die das, was das Grundgesetz längst verankert hat, Lebenswirklichkeit werden lässt.
- Eine Kinderpolitik, die Kindern die besten Chancen gibt. Die sie schützt, individuell fördert und beteiligt.
- Eine eigenständige Jugendpolitik, die nicht auf die Defizite von Jugendlichen schaut, sondern sieht, dass Jugendliche Ansprüche auf Freiräume haben und das Recht auf Partizipation in den Mittelpunkt rückt.
- Eine Seniorenpolitik, die Senioren nicht nur über die Frage von Rente und Pflege definiert, sondern auch sieht, "dass wir die Lebenskenntnisse von älteren Menschen brauchen, zum Beispiel beim erfolgreichen bürgerschaftlichen Engagement".
- Demokratie und Toleranz stärken, da es Basis ist für unser Zusammenleben.

Die Politik der Großen Koalition sehe einen "Dreiklang aus Geld für Familien, Angebote für Familien und Zeit für Familien" vor. „Nicht Familien müssen immer flexibler und arbeitsfreundlicher werden, die Arbeitswelt muss familienfreundlicher werden“, so Schwesig. Daher solle die Elternzeit flexibler werden, das "Elterngeld plus" eingeführt werden und ein Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit. Konkrete Pläne sind außerdem das Entgeltgleichheitsgesetz, die Förderung von Frauen in Führungspositionen über verbindliche Quoten und Zielvorgaben sowohl für Unternehmen als auch den öffentlichen Bereich. "Nicht die Frauenquote ist ein Problem für Deutschland, sondern die 90-Prozent-Männerquote. Die gehört abgeschafft", sagte die Ministerin.

Schwesig sprach außerdem an, Frauen besser vor Gewalt zu schützen und strengere Regeln im Strafrecht für Menschenhandel und Zwangsprostitution gemeinsam mit dem Justizminister Heiko Maas (SPD) anzustrengen.

Geld für Kitausbau und Bildung

Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Carola Reimann freute sich: "In die Familien- und Gleichstellungspolitik kommt neuer Schwung." Für Bildung und Kitausbau seien im Koalitionsvertrag 6 Milliarden Euro vereinbart. Zudem würde endlich eine wirkungsvolle Gleichstellungspolitik angepackt. Eine moderne Geschlechterpolitik solle auch Männern ermöglichen, neue Rollen zu leben, so Reimann. Die SPD-Abgeordnete unterstrich in ihrer Rede das Vorhaben, die Vorstands- und Chefetagen für Frauen über gesetzliche Maßnahmen zu öffnen. Unternehmen hätten die Chance vertan, mit Gleichstellung ernst zu machen. "Der Gesetzgeber muss jetzt handeln", so Reimann.

Für mehr Gleichberechtigung Sorge auch der gesetzliche Mindestlohn, von dem vor allem Frauen profitieren werden, die in Niedriglohnbranchen überrepräsentiert sind.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird sich in dieser Legislatur stark mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie beschäftigen. 60 Prozent der Eltern kleiner Kinder wünschten sich eine partnerschaftliche Teilung. "Hier klafft eine gewaltige Lücke zwischen gewünschter und gelebter Familienrealität", mahnte Reimann. Diese Belastungen könne Familien destabilisieren. "Zeit für Familie ist die nächste große Baustelle in der Familienpolitik", kündigte die SPD-Politikerin an.

BILDUNGSPOLITIK

Bildungsgerechtigkeit soll im Mittelpunkt stehen

Am Freitag hat der Bundestag über die Schwerpunkte im Bereich Bildung und Forschung diskutiert. SPD-Abgeordnete stellten Ausbildungschancen, Stärkung der Forschung und Innovationsförderung in den Mittelpunkt.

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestags diskutierten die Vorhaben im Bereich Bildung, Forschung und Wissenschaft der nächsten vier Jahre. 9 Milliarden Euro sieht der Koalitionsvertrag für die Bereiche Forschung, Hochschulen und Kitas vor, erläuterte die zuständige Bundesministerin Johanna Wanka (CDU) in ihrer Rede. Das zentrale Anliegen der neuen Bundesregierung sei in dieser Legislatur die Bildungsgerechtigkeit. "Jedem müssen Chancen durch Bildung eröffnet werden", so Wanka.

Innovationskraft sichern

Die Wissenschaftspolitik legt einen Fokus auf die Innovationskraft von Deutschland. Gemeinsam mit den Ländern soll ein Zukunftspakt geschnürt werden. Das Wissenschaftsjahr widmet sich dem Thema Digitalisierung, zwei Kompetenzzentren zu Open-Data werden eröffnet, es wird eine Forschungsplattform zur Energiewende geben. Der SPD-Abgeordnete René Rösper stellte dies als klaren Erfolg der SPD in den Koalitionsverhandlungen heraus: Die Energieforschung werde konsequent an der Energiewende ausgerichtet. Für die SPD sei immer eine wichtige Fragestellung, wie der Planet an die Kinder und Kindeskiner weitergegeben werde.

Simone Raatz, neue Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion mit großer Erfahrung im Wissenschaftsbetrieb, lobte, wie die wissensbasierte Wirtschaft die Regionen stärke. Es sei ein gutes Zeichen, dass 146 Millionen Euro für Innovationsförderung in den neuen Ländern vorgesehen seien.

Ausbildungschancen stärken

Im Bereich der Bildung soll auch der Fachkräftemangel angegangen werden. Das sehr erfolgreiche Duale System in der Ausbildung soll weiterentwickelt werden, genauso der Ausbildungspakt, der mit den Sozialpartnern weiterentwickelt wird. Der SPD-Abgeordnete Oliver Kaczmarek forderte, das Ausbildungssystem müsse attraktiver werden und "Brücken bauen für alle". Für junge Menschen, die eine Ausbildung machen wollten, habe sich die Lage auch verschlechtert. Viele fänden keinen Ausbildungsplatz und viele Betriebe bildeten nicht mehr aus, merkte Kaczmarek an. "Wir müssen dafür sorgen, dass jungen Menschen auf der Suche dabei keine Zeit verloren geht." Ein wichtiges bildungspolitisches Ziel sei, dass jede und jeder, der eine Ausbildung machen wolle, dies auch könne.

Kaczmarek betonte in seiner Rede zudem den Reformbedarf beim BAföG: "Wir müssen gemeinsam mit den Ländern die Situation der Studierenden spürbar und substantiell verbessern, und zwar noch in dieser Wahlperiode."

Rösper führte in seiner Rede an, dass in Veranstaltungen in Wahlkreisen eines der Hauptanliegen der Bürgerinnen und Bürger gewesen, endlich einen Schwerpunkt in Bildung und Forschung zu setzen und dafür Geld in die Hand zu nehmen. "Das ist ein Konsens in Deutschland, der uns von anderen Ländern unterscheidet", so Rösper.

Forschung für eine humane Arbeitswelt

Die Stärke und der Wohlstand müssten sich immer daran messen lassen, dass Menschen gute Arbeit verrichten würden, so der SPD-Forschungspolitiker. Politik müsse in die Zukunft blicken und sichern, wie in Deutschland innovative Produkte unter guten Arbeitsbedingungen hergestellt werden könnten. Arbeitsforschung, Dienstleistungsforschung und Produktionsforschung sollen daher gestärkt werden um einen Beitrag zur Humanisierung der Arbeitswelt zu leisten. Arbeit müsse so gestaltet sein, dass Menschen gar nicht erst krank würden.

VERKEHRSPOLITIK

Für eine moderne Infrastruktur im Verkehr und in der digitalen Welt

SPD-Fraktionsvize Sören Bartol nannte das Arbeitsprogramm des Koalitionsvertrages in der Debatte um die Verkehrspolitik das beste Konzept, Mobilität und digitale Infrastruktur in einem Ministerium zusammenzuführen. Er warb für eine faire und offene Zusammenarbeit über die Fraktionsgrenzen hinweg. „Mobilität und Internet prägen das Leben vieler Menschen: Pendler nutzen die Bahn auf dem Weg zum Arbeitsplatz, und arbeiten können sie nicht ohne eine schnelle Internetverbindung“, sagte Bartol.

Für die wirtschaftliche Entwicklung seien die Verkehrs- und die digitale Infrastruktur von elementarer Bedeutung, und vieles werde getan. Dennoch ärgerten sich die Menschen über die Verspätungen der Bahn, die Staus auf den Straßen, den Verkehrslärm und langsame Internetverbindungen. „Der Koalitionsvertrag ist ein gutes Arbeitsprogramm, um die Mobilität und den Zugang zum Internet zu verbessern“, stellte Bartol fest. Künftig könnten sich die vielen Pendler darauf verlassen, dass die Bahn wieder besser gesteuert werde. „Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit müssen wieder zum Markenzeichen der Bahn werden.“

Ausgedehnte LKW-Maut sorgt für mehr Investitionsmittel für den Verkehr

Durch eine netzorientierte und verkehrsträgerübergreifende und transparente Bundesverkehrswegeplanung mit Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger will die Koalition ein „nationales Prioritätenkonzept“ entwickeln. Darin sollen die Vorhaben definiert werden, die besonders schnell umzusetzen sind. 80 Prozent der Mittel sollten in diese Projekte fließen, bekräftigte Bartol. Insgesamt wollen Union und SPD 5 Milliarden Euro mehr in die Verkehrsinfrastruktur investieren. Davon würden auch die Autofahrerinnen und Autofahrer profitieren, wenn mehr Geld in die Reparatur maroder Straßen und Brücken fließen könnte. Die Koalition sei sich einig, dass dabei der Erhalt der Verkehrsinfrastruktur vor Neubauprojekten Vorrang habe. Deshalb sei es auch eine gute Entscheidung, die LKW-Maut auf die Bundesstraßen auszudehnen, erklärte Bartol. Damit werden Nutzer von Straßen und Brücken zur Kasse gebeten, die 60.000 Mal mehr die Infrastruktur schädigten als jeder PKW. Die Einnahmen aus diesen Nutzungsgebühren sollen in die Verkehrsinfrastruktur investiert werden.

Verkehrslärm reduzieren

Viele Bürgerinnen und Bürger leiden in Deutschland unter Verkehrslärm, hier will die Koalition die Situation deutlich verbessern. Zum einen soll nun die Gesamtverkehrslärmbelastung von Straße und Schiene entlang der Verkehrsadern zusammen betrachtet werden. Sören Bartol wies darauf hin, dass bis 2020 der Schienenlärm halbiert werde und bis 2016 die Hälfte der Güterwagen mit lärmmindernden Bremsen ausgerüstet sein solle. Wenn dies nicht gelinge, würden Nachfahrverbote geprüft. Auch die Grenzwerte für den Fluglärm will die Koalition überprüfen.

Mobilität muss bezahlbar und klimaverträglich sein

Als große Herausforderungen für die Verkehrspolitik benannte die verkehrs- und infrastrukturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Kirsten Lühmann, die Energiewende, den Klimaschutz, den demographischen Wandel und die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Dabei dürfe man sich nicht auf einzelne Verkehrsträger beschränken. Insgesamt müsse Mobilität für alle bezahlbar und klimaverträglich sein. Die unterschiedlichen Verkehrsträger sollten stärker verknüpft werden. Mehr Güter sollten auf die Schiene, doch dazu müssten die Kapazitäten ausreichen, sagte Lühmann. Abgestimmte Fahrpläne von Bahn und Bussen sowie Carsharing-Angebote zeigten auch, dass die Lebensqualität nicht sinke, wenn

man auf ein eigenes Auto verzichte, beteuerte Lühmann. Dies solle nicht nur in Großstädten, sondern auch auf dem Land greifen.

Bis 2018 flächendeckende Breitbandversorgung sicherstellen

Der medienpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Martin Dörmann, machte deutlich, dass alle Menschen in Deutschland die Chancen des Internets nutzen sollten: „Wir dürfen die digitale Spaltung nicht zulassen.“ Deshalb habe sich die Koalition darauf geeinigt, bis 2018 in Deutschland eine flächendeckende Grundversorgung mit mindestens 50 Mbit/s zu gewährleisten. Dazu sollen z. B. vorhandene Programme bei der KfW Bankengruppe um ein neues Sonderfinanzierungsprogramm „Premiumförderung Netzausbau“ ergänzt werden. Zudem soll ein Breitband-Bürgerfonds für den Ausbau der Netze eingerichtet werden, in den Privatpersonen investieren können.

Verkehrssicherheit verbessern

In ihrer ersten Rede im Bundestag machte die SPD-Abgeordnete Birgit Kömpel auf Maßnahmen aufmerksam, mit denen die Verkehrssicherheit verbessert werden soll. Vor allem die älter werdende Gesellschaft stelle dabei eine besondere Herausforderung dar. Deshalb habe sich die Koalition u. a. auf freiwillige Gesundheitschecks für ältere Verkehrsteilnehmer geeinigt.

LANDWIRTSCHAFT UND ERNÄHRUNG

Landwirtschaft und ländliche Räume voranbringen

In der Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik der Großen Koalition in den kommenden vier Jahren wird es vor allem um die Stärkung der ländlichen Räume gehen, aber auch um Veränderungen in der Landwirtschaft, die vielen Verbraucherinnen und Verbrauchern am Herzen liegen.

SPD-Fraktionsvizein Ute Vogt hob als positiv hervor, dass der Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD die tiergerechte Haltung und das Tierwohl als Aufgabe festgeschrieben hat: „Das Ziel ist, dass sich die Tierhaltung an die Bedürfnisse der Tiere anpassen muss“. Dazu soll es eine nationale Tierwohlinitiative geben. Dadurch sollen die Sachkunde der Tierhalter gefördert werden und Prüf- und Zulassungsverfahren für Tierhaltungssysteme entwickelt werden. Es sei wichtig, dass sich die Tierhaltung an den Flächen orientiert. Ebenso machte Vogt deutlich, dass die Mehrheit der Bevölkerung Gentechnik in der Landwirtschaft ablehne; diese Vorbehalte seien nun auch im Koalitionsvertrag verankert.

Vertrauen der Verbraucher zurückgewinnen

Daran knüpfte auch die stellv. ernährungs- und landwirtschaftspolitische Sprecherin, Elvira Dobrinski-Weiß, an. Sie verwies darauf, dass Union und SPD vereinbart haben, eine Kennzeichnungspflicht von Tierprodukten einzuführen, die mit genveränderten Pflanzen gefüttert wurden. So hätten die Verbraucherinnen und Verbraucher Wahlfreiheit.

Dobrinski-Weiß betonte auch, dass es eine große Herausforderung sei, das verlorene Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher angesichts der Gammelfleischskandale, Dioxin in Eiern und Täuschungen bei Lebensmittelverpackungen wieder zurückzugewinnen. Deshalb sei es gut, dass der Koalitionsvertrag eine Verbesserung der Lebensmittelsicherheit und die rechtssichere Veröffentlichung von Verstößen in der Lebensmittelproduktion vorsieht.

Wilhelm Priesmeier, ernährungs- und landwirtschaftlicher Sprecher, stellte fest, dass es in der Großen Koalition wichtig sei, die Strukturpolitik für den ländlichen Raum besser zu koordinieren. Deshalb sei es gut, dass vereinbart wurde, die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz zu einer Gemeinschaftsaufgabe ländliche Entwicklung zusammenzuführen. Dabei

werde es auch darum gehen, dass für die Entwicklung der ländlichen Räume die entsprechenden finanziellen Ressourcen bereitgestellt würden. Priesmeier wies darauf hin, dass auch in der EU-Agrarpolitik ein Wechsel notwendig sei. Hier müssten die Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe weiter gefördert und entwickelt werden – mit dem Ziel, dass in Zukunft auf die direkte Einkommensstützung durch Prämien verzichtet werden könne. Wichtig sei auch, dass die Agrarsozialversicherung reformiert werde. Dabei solle die Hofabgabeklausel neu geregelt werden.

UMWELT

Alle Lebensgrundlagen sind auf Nachhaltigkeit angewiesen

Am 31. Januar 2014 hat der Bundestag über die Umwelt- und Baupolitik der Koalition diskutiert. Die neue Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Barbara Hendricks, stellte angesichts des neu zusammengesetzten Ressorts klar: „Alle unsere Lebensgrundlagen sind auf Nachhaltigkeit angewiesen.“ Hier habe Deutschland beim Strom begonnen. Dies müsse nun bei der Wärme, beim Natur- und Flächenverbrauch fortgesetzt werden, und noch mehr müsse es darum beim Bauen gehen. „Deshalb ist es richtig, Umweltschutz, Bauen und Stadtentwicklung in einem Haus zusammenzuführen“, sagte Hendricks.

UN-Klimaschutzabkommen zum Erfolg führen

Ein Beispiel dafür sei, dass 40 Prozent der Treibhausgase in Deutschland aus dem Gebäudebereich kämen und 80 Prozent des Energie- und Ressourcenverbrauchs in den Städten stattfinde, führte die Ministerin aus. Vor allem aber habe Nachhaltigkeit eine ökologische, eine ökonomische und eine soziale Dimension. Die Widerstände gegen Nachhaltigkeitspolitik seien groß, vor allem international. Hendricks sicherte mit Blick auf die UN-Klimakonferenz Ende 2015 in Paris, die ein globales, rechtssicheres und vor allem substanzielles Klimaschutzabkommen erreichen soll, zu, dass die neue Bundesregierung Kurs halten werde. Man werde jeden diplomatischen Hebel in Bewegung setzen, und sie selbst werde sich dem Vorhaben annehmen.

Nationale Klimaschutzziele erreichen

Deutschland will seine Treibhausgase bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 reduzieren. Als wichtige Voraussetzung dafür nannte Hendricks die Neuorganisation des europäischen Emissionshandels. Dazu sollen 900 Millionen Verschmutzungszertifikate vom Markt genommen werden, damit durch dieses so genannte backloading der Preisverfall gestoppt werden kann. Die Bundesregierung werde einen nationalen Klimaschutzplan mit klaren Zwischenzielen vorlegen. Die Umweltministerin kündigte außerdem ein Klimaschutz-Sofortprogramm an, weil die nationalen Maßnahmen zu wenig bewirkten, um das Klimaschutzziel 2020 auch erreichen zu können.

Atomausstieg umsetzen

Ein weiteres großes Projekt wird der Atomausstieg sein, den es professionell umzusetzen gelte, und zwar unter maximaler Sicherheit für die Bevölkerung, erklärte Hendricks. Dazu gehöre auch die Suche nach einem geeigneten Endlager in Deutschland in einem transparenten Verfahren. Hendricks will dafür sorgen, dass das Bundesamt für kerntechnische Entsorgung im Sommer dieses Jahres seine Arbeit aufnehmen kann.

Des Weiteren soll ein nationales Hochwasserschutzprogramm aufgestellt werden. Dazu müssten die Flüsse mehr Raum bekommen.

Städte zukunftsfähig machen

Vor allem die Städte stünden in der Nachhaltigkeitspolitik im Fokus. Hendricks will die Städte zukunftsfähig machen. „Menschen aller Einkommensgruppen und verschiedenster Herkunftsländer sollen miteinander und nicht nebeneinander leben“, sagte die Ministerin. Ein wichtiges Instrument sei die Mietpreismbremse, derbezüglich Justizminister Maas bis März einen Gesetzentwurf vorlegen werde. Zudem wird der Wohnungsbau jährlich mit 518 Millionen Euro gestärkt. Darüber hinaus will Hendricks ein Bündnis für bezahlbares Bauen und Wohnen auf den Weg bringen. Um „das gute Leben in Deutschland zu fördern“, stünden auch für die Städtebauförderung 700 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung, wodurch auch das Programm „Soziale Stadt“ ausgebaut werden könne.

Deutschland muss Vorreiterrolle wieder aufnehmen

SPD-Fraktionsvizin Ute Vogt erklärte, gerade vor dem Hintergrund, dass die EU-Kommission mutlose Vorhaben in der Energie- und Klimaschutzpolitik ohne verbindliche Vorgaben für den Klimaschutz, die Energieeffizienz und den Ausbau der erneuerbaren Energien vorgelegt habe, sei es wichtig, dass Deutschland nun seine Vorreiterrolle wieder aufnehmen und verhandeln wolle. Es gelte in dieser Legislaturperiode, den Widerspruch zwischen Ökonomie und Ökologie aufzulösen. An die Umweltverbände richtete Vogt den Appell, sich bei der Suche nach einem Atommüllendlager aktiv zu beteiligen – dies sei ihre Pflicht.

Exzesse auf dem Wohnungsmarkt beenden

SPD-Fraktionsvize Sören Bartol begrüßte, dass es nun wieder einen Gestaltungsanspruch einer aktiven Stadtentwicklungspolitik und sozialen Wohnungsbaupolitik gebe. Wegen der steigenden Energiekosten, die vor allem Geringverdiener treffe, sei es wichtig, das Wohngeld anzupassen. Bartol begrüßte, dass die Bundesbauministerin gemeinsam mit dem Justizminister die Mietpreismbremse umsetze, damit Exzesse auf dem Wohnungsmarkt beendet werden könnten. Die Mietpreismbremse werde dem Wohnungsneubau nicht schaden, weil sie regional und zeitlich begrenzt sei und nur für Wiedervermietungen gelte. Insgesamt würden durch den Koalitionsvertrag nicht nur die Mieterinnen und Mieter besser abgesichert und ihre Rechte gestärkt, sondern auch die Investitionsbedingungen für die Wohnungswirtschaft verbessert.

AUSSENPOLITIK

Steinmeier plädiert für aktive Außenpolitik

Der neue Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier hat an diesem Mittwoch im Bundestag deutlich gemacht, dass die Regierung die Kultur der militärischen Zurückhaltung nicht aufgeben werde. Sie werde sich jedoch ihrer Verantwortung bei der Lösung internationaler Konflikte stellen.

Der Außenminister und ehemalige Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion warnte davor, die militärische Zurückhaltung Deutschlands als "Kultur des Heraushaltens" misszuverstehen. Dazu sei Europa inzwischen zu groß und zu wichtig. Europa habe sich zuletzt auf sich selbst konzentriert, mahnte Steinmeier an: "Bei dem Ringen mit der Krise ist aus dem Blick geraten, was jenseits des europäischen Tellerrands liegt und sich tut." Zuspitzungen in Krisenregionen seien unterschätzt worden.

Außenpolitik hält viele Aufgaben bereit

Da Deutschland das bevölkerungsreichste und wirtschaftsstärkste Land in der Europäischen Union sei, müsse es eine starke Rolle in der Außenpolitik wahrnehmen, so Steinmeier: "Wenn ein solches Land sich heraushält bei dem Versuch, internationale Konflikte zu lösen, dann werden sie nicht gelöst." Mit Blick auf die Millionen Menschen, die Opfer von Bürgerkriegen und

zur Flucht gezwungen seien, finde er es zynisch, über die Bedeutungslosigkeit von Außenpolitik zu lesen. "Sie hält so viele Aufgaben bereit", so Steinmeier. Der Minister plädierte für eine aktive Außenpolitik. Verantwortung bei der Außenpolitik bedeute, auch zur Verfügung zu stehen und einen Beitrag zu leisten.

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte zuvor in ihrer Regierungserklärung gesagt: "Immer gilt: Kein Konflikt kann alleine militärisch gelöst werden." Diese Haltung sei für die Bundesregierung maßgeblich.

Hoffnungsschimmer in der Ukraine

Die Angebote der ukrainischen Regierung an die Opposition sind nach Angaben von Steinmeier nicht belastbar: "Das war ein Einstieg in politische Gespräche, ... aber das ist noch nicht die Lösung." Er sagte, man könne noch nicht abschätzen, ob in der Ukraine von Seiten des Präsidenten nicht nur auf Zeit gespielt würde. Er sehe jedoch einen "Hoffnungsschimmer" für friedliche Lösungen. Er bedankte sich außerdem bei der EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton für ihr Vermittlungsgeschick. Sie ist am Dienstagabend in die Ukraine gereist, um dort Gespräche zu führen.

"Operation Active Endeavour" wird gesetzt

Der Bundestag hat am Mittwoch auf Vorschlag der Regierung das Bundeswehr-Mandat „Operation Active Endeavour (OAE)“ verlängert. Das Mandat umfasst die militärische Seeraumüberwachung, Lagebilderstellung und regionale Zusammenarbeit im Mittelmeer durch maritime NATO-Kräfte. OAE wurde nach Ausrufung des Bündnisfalls (Artikel 5 NATO-Vertrag) im November 2001 durch die NATO-Mitgliedsstaaten beschlossen, um im Mittelmeerraum einen Beitrag zur Terrorismusabwehr und zur maritimen Sicherheit zu leisten.

Aufgaben der Bundeswehr begrenzt

Der Einsatz beschränkt sich allerdings faktisch seit vielen Jahren auf Aufklärung und Überwachung des Mittelmeerraumes. Den seit Ende 2009 von der SPD geltend gemachten fachpolitischen und rechtlichen Bedenken wurde mittlerweile Rechnung getragen. Das neue Mandat ist daher ein Übergangsmandat unter veränderten Rahmenbedingungen. Die terroristische Gefahr wird nur noch als rein abstrakt eingeschätzt. Dementsprechend wurde auch der militärische Auftrag den tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort angepasst. In der Konsequenz beschränkt sich die Operation Active Endeavour und der deutsche Beitrag darin ausschließlich auf die Aufgaben Seeraumüberwachung und Lagebildaustausch.

Im neuen Mandat gibt es auch keine exekutiven Befugnisse zur Gewaltanwendung mehr. Außerdem wird die personelle Obergrenze von 700 eingesetzten Soldatinnen und Soldaten auf 500 abgesenkt. Im Laufe des Mandatszeitraums will die Bundesregierung zusammen mit den anderen NATO-Partnern die Rechtsgrundlage der Operation verändern und OAE in eine Nicht-Artikel-5-Mission überführen und den bislang bestehenden Bezug zum Bündnisfall aufheben. Dann ist auch eine Mandatierung dieses Routine-Einsatz durch den Bundestag nicht mehr notwendig.

Niels Annen, außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, erläuterte im Bundestag: "Wir stimmen heute zu, weil wesentliche Kritikpunkte von der Bundesregierung aufgegriffen worden sind." Die Fraktion vertraue außerdem auf die Argumentationskraft der Bundesregierung, die Impulse aus dem Deutschen Bundestag in die NATO hineinzutragen.

Bei der Abstimmung über die Mandatsverlängerung gab 467 Ja-Stimmen, 129 Nein-Stimmen sowie sechs Enthaltungen.

Patriot-Einsatz in der Türkei wird fortgeführt

Der Bundestag hat der Fortsetzung des Patriot-Einsatzes in der Türkei zugestimmt. Das Patriot-Mandat (Active Fence) ist ein Verlängerungsmandat zur Verstärkung der integrierten NATO-Luftverteidigung in der Türkei. Auf Bitten der Türkei hatten im vergangenen Jahr sowohl die Niederlande, die USA als auch Deutschland nach Beschluss des Nordatlantikrates Luftabwehrsysteme vom Typ Patriot in die Türkei verlegt. Die Verlängerung des Patriot-Mandats wird den Krieg in Syrien weder beenden noch anfeuern.

Rolf Mützenich, stellvertretender Fraktionsvorsitzender für die Bereiche Außenpolitik, Verteidigung und Menschenrechte, begründete die Mandatsverlängerung am Mittwoch im Bundestag: "Wir glauben, dass das Mandat verantwortbar ist, da es defensiv ist." Im Bündnis müsse darauf eingegangen werden, dass die Bedrohung in der Türkei so wahrgenommen werde. Der Patriot-Einsatz verteidige Menschen, die entlang der Grenzen wohnen. Mützenich erklärte weiter: "Es soll durch Abschreckung geschützt werden, und das hat in den letzten Monaten funktioniert."

Lage in türkisch-syrischer Grenzregion bleibt angespannt

Die Verstärkung der Luftverteidigung ist eine ausschließlich defensive Maßnahme. Die Türkei ist unverändert der vom Syrien-Konflikt am stärksten betroffene Nato-Partner. Das syrische Regime verfügt über ballistische Trägersysteme mit einer Reichweite von bis zu 700 Kilometern, die damit einen großen Teil des türkischen Territoriums erreichen können. Die Türkei selbst verfügt über keine eigenen Fähigkeiten zur Abwehr von ballistischen Raketen.

Aufgrund der anhaltenden angespannten Lage in der Grenzregion zwischen der Türkei und Syrien hat die Türkei ihren Antrag an die NATO erneuert. Es ist im Mandat ausdrücklich festgelegt, dass der Einsatz sich nur auf türkisches Territorium bezieht. Eine Einwirkung auf syrisches Territorium ist ausgeschlossen. Der deutsche Einsatzstützpunkt wurde dementsprechend mit geographischem Abstand zur türkisch-syrischen Grenze gewählt.

Es wird laut Mandat keine deutsche Beteiligung an einer Einrichtung oder Überwachung einer Flugverbotszone in Syrien geben. Damit hat das Mandat einen klar defensiven Charakter und zielt ausschließlich auf militärische Abschreckung. Der deutsche Beitrag ist zudem eingebunden in umfassende politische Bemühungen der neuen Bundesregierung zur Begrenzung der regionalen Auswirkungen des Konflikts. Dazu zählen die humanitäre Hilfe in Syrien und den Nachbarstaaten sowie die Unterstützung Deutschlands bei der Vernichtung syrischer Chemie-Waffen in Einrichtungen der Bundeswehr im niedersächsischen Munster.

Die Beschlussempfehlung zur Mandatsverlängerung (Drs. 18/263) wurde in der namentlichen Abstimmung im Bundestag am Mittwoch mit großer Mehrheit angenommen. Von 601 abgegebenen Stimmen waren 523 Ja-Stimmen, 71 Nein-Stimmen und sieben Enthaltungen.

VERTEIDIGUNG

Die Bundeswehr für die Zukunft stärken

Im Koalitionsvertrag haben sich Union und SPD auf eine verstärkte Zusammenarbeit in der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU geeinigt. „In der Außen- und Sicherheitspolitik denken und handeln wir vernetzt“, heißt es dort. Die Bundeswehr wird auch in Zukunft in Auslandseinsätzen gefordert. Umso wichtiger ist es darum, gemeinsam mit den Bündnispartnern einen Verbund der europäischen Streitkräfte zu einer parlamentarisch

kontrollierten Armee weiterentwickeln zu können. Klar ist: Die Bundeswehr bleibt auch in Zukunft Parlamentsarmee.

In der Debatte um die künftige Verteidigungspolitik sagte der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Rainer Arnold, die Distanz der Deutschen zum Militär – so richtig sie einerseits sei – lasse sich durch gesellschaftliche Debatten zu mehr Akzeptanz wandeln. Das müsse auch durch das Parlament geschehen. Es gehe darum, in den nächsten vier Jahren „Klarheit zu schaffen, welche Rolle die Bundeswehr in der internationalen Sicherheitspolitik spielt“. Die Deutschen, so Arnold, seien in dieser Hinsicht in Wahrheit viel reflektierter und aufgeklärter, als viele glauben. Schließlich helfe die Bundeswehr auch mit, zu verhindern, dass sich in „zerfallenen Staaten Rückzugsräume für Terroristen bieten“.

Arnold machte deutlich, dass die Situation Europas heute eine andere ist als zu Zeiten des Kalten Krieges; die laufende Bundeswehrreform müsse darum „europäische Szenarien mehr in den Blick nehmen“.

Gemeinsam mit der Bundesregierung hätten die Abgeordneten Verantwortung für die Soldatinnen und Soldaten. Und gemeinsam müsse die Frage gestellt werden: Welche Fähigkeiten passen am besten zum künftigen politischen Auftrag, den die Bundeswehr bekommen soll?

Vertrauen der Soldaten zurückgewinnen

Die Reform, mahnte Arnold an, müsse mehr mit den Nato-Partnern und der EU abgestimmt werden, zudem müssten einige Vorhaben auf den Prüfstand, etwa Standortfragen oder Nachwuchsrekrutierung. Arnold: „Die Soldatinnen und Soldaten warten darauf“. Momentan befinde sich die Bundeswehr in einer Phase der Transformation.

Aus diesem Grund sei die Große Koalition eine Chance für die Bundeswehr, denn im Koalitionsvertrag stehe vieles, das gut für die Soldaten sei. Deren Vertrauen müsse stärker zurückgewonnen werden.

Die SPD-Abgeordnete Gabi Weber wies in ihrer ersten Rede vor dem Parlament darauf hin, dass das so genannte Travelmanagement (Reisen, Rückkehren) verbessert werden müsse; speziell optimiert werden muss demnach das Beihilfeverfahren, das zu lange dauert. Viele Soldatinnen und Soldaten müssen hohe Krankheitskosten privat vorstrecken und warten oft Monate auf die Beihilfezahlungen – das kann zur massiven Verschuldung führen. Die Bundesregierung will hier zügig gegensteuern.

ENTWICKLUNGSPOLITIK

Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik

Wie geht es weiter in der Entwicklungspolitik? Was kann und muss Politik im Kampf gegen weltweite Armut tun? Wo muss Entwicklungszusammenarbeit künftig verstärkt tätig werden? Mit diesen Leitfragen beschäftigten sich die drei Rednerinnen und Redner der SPD-Fraktion in der Generaldebatte zum Thema „Wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit“ am Donnerstag. Dabei wurde deutlich: Entwicklungspolitik muss vor allem für soziale Sicherheit vor Ort sorgen. Aber auch unser eigenes politisches und wirtschaftliches Handeln gilt es zu überprüfen.

Menschenwürdige Arbeit, soziale Sicherheit, Friedenspolitik, internationale Standards verbindlich regeln, gute und faire Lebensbedingungen auf dem Land und in der Stadt – das alles ist Entwicklungspolitik und umreißt einige der Kernpunkte sozialdemokratischer

Entwicklungspolitik der kommenden vier Jahre im Bundestag. Dafür wird sich die SPD-Fraktion in der Großen Koalition einsetzen, um Ziele des Koalitionsvertrags zügig umsetzen zu können.

Faire Lebensbedingungen schaffen

„Entwicklungspolitik ist mehr als nur Almosen zu verteilen. Sie hat einen vorausschauenden und präventiven Charakter“, sagte Stefan Rebmann in seiner Rede vor dem Bundestag. Der stellvertretende entwicklungspolitische Sprecher der Fraktion betonte: „Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik“. Die Voraussetzung für jeden Frieden seien faire Lebensbedingungen. Und genau für diese muss und kann Entwicklungspolitik sorgen - auf dem Land und in der Stadt. Gerade der Lebensraum Stadt, in dem schon heute weltweit jeder zweite Mensch lebt, ist wichtiger Bestandteil der Politik.

Lebensunwürdige Umstände, wie sie in vielen Slums in den Städten zu finden sind, verstärkt durch zunehmende Landflucht der Bevölkerung, widersprechen guten Lebensbedingungen, betonte auch Gabriela Heinrich. Die neu gewählte Abgeordnete, die für die SPD den Wahlkreis Nürnberg-Nord im Bundestag vertritt, erklärte in ihrer ersten Bundestagsrede: „Wir müssen Städte in Entwicklungsländern bei ihrem Wachstum begleiten und gezielt Investitionen in Infrastruktur, Gesundheitseinrichtungen und Schulen fördern“. Auch kommunale Partnerschaften zwischen deutschen Städten und Städten in Entwicklungsländern seien ein hilfreiches Mittel, um gute Lebensbedingungen zu fördern.

Menschenwürdige Arbeit in den Fokus rücken

Bärbel Kofler, die seit dieser Legislatur die neue entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion ist, ging in ihrer Rede ebenfalls auf gerechte und menschenfreundliche Lebensumstände ein. Ein Fokus liegt dabei auf dem Schaffen menschenwürdiger Arbeit. Nur damit könne Armut dauerhaft bekämpft werden. Aktuell verdienen, so hat es die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) ermittelt, weltweit 900 Millionen Erwerbstätige weniger als zwei US-Dollar pro Tag. Zustände, gegen die sich zunehmend die betroffenen Arbeiterinnen und Arbeiter in Ländern wie Bangladesch oder Kambodscha auflehnen. Auch hier müsse Entwicklungspolitik in enger Zusammenarbeit mit zivilen Akteuren aktiv werden: „Wir müssen den Menschen und Organisationen wie Gewerkschaften vor Ort dabei helfen, ArbeitnehmerInnenrechte durchsetzen zu können“, sagte Kofler. Ebenso zu unterstützen sei der Aus- und Aufbau von sozialen Sicherungssystemen in Entwicklungsländern.

Internationale Standards verbindlich regeln

Zusammenarbeit und Hilfe vor Ort bleibt wesentlicher Bestandteil der Entwicklungspolitik. Aber, so betonte Kofler, auch die hiesige Politik und Wirtschaft müssen ihr Handeln an manchen Stellen überdenken, nämlich dort, wo es teilweise entwicklungspolitischen Bestrebungen entgegenlaufe. Sie rief dazu auf, verbindliche Regelungen für soziale und ökologische Standards einzuhalten, das gelte „auch für unsere weltweit tätigen Unternehmen“. Und damit die Verbraucherinnen und Verbraucher ihren Beitrag zu fairen Arbeits- und Lebensbedingungen in Entwicklungsländern beitragen können, sind verbindliche Transparenzen zum Beispiel bei Lieferketten von Produkten wichtig. Sonst, mahnte Kofler, sei die viel zitierte Macht der Verbraucherinnen und Verbraucher nichts wert.

GEDENKEN

Bundestag gedenkt Opfern des Nationalsozialismus

Am 27. Januar 1945 wurde das Konzentrationslager Auschwitz von der Roten Armee befreit. Der Bundestag hat am Montag den Opfern des Nationalsozialismus gedacht. Nach der

Begrüßung durch Bundestagspräsident Norbert Lammert hielt der russische Schriftsteller Daniil Granin aus Sankt Petersburg die Gedenkrede.

Granin ist Überlebender der Blockade Leningrads durch die deutsche Wehrmacht, die heute vor 69 Jahren zu Ende ging. In seinem Buch "Es war nicht ganz so", das 2010 erschien und auf autobiographischen Erlebnissen beruht, hatte Granin geschrieben: "Mir ist eine Welt gegeben worden, die ständig kämpft, eine harte Welt, mit wenig Lächeln, mit viel Finsternis und wenig Sonne." Granin ist gemeinsam mit Ales Adamowitsch Autor des "Blockadebuchs", das Erinnerungen und Zeitzeugenbefragungen aus der Zeit der deutschen Belagerung Leningrads enthält. In der Blockade verloren über eine Million Menschen ihr Leben.

Deutschland muss sich gegen jede Form von Ausgrenzung stellen

Bundestagspräsident Norbert Lammert eröffnete die Gedenkstunde im Bundestag am Montagnachmittag: "Wir gedenken heute aller Menschen, denen während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und des von Deutschland ausgehenden Angriffskrieges ihre Rechte, ihr Besitz, ihre Heimat, ihr Leben, ihre Würde entrissen wurden: der Juden, der Sinti und Roma, der Kranken und Menschen mit Behinderungen, der politisch Verfolgten, der Homosexuellen, der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, der Opfer der Kindertransporte, der Kriegsgefangenen, der zu "Untermenschen" degradierten slawischen Völker. All jener, die in Auschwitz, Treblinka, Belzec und in den anderen Vernichtungslagern ermordet wurden; die erschossen, vergast, erschlagen, verbrannt, durch Zwangsarbeit vernichtet wurden; die verhungert sind. Wir gedenken auch jener, die verfolgt, drangsaliert, getötet wurden, weil sie Widerstand leisteten oder weil sie anderen Schutz und Hilfe gewährten. Allen heute hier im Bundestag anwesenden Zeitzeugen gilt unser besonderer Gruß und Respekt."

Den "Abermillionen Toten" seien die Deutschen es schuldig, immer wieder Bewusstsein dafür zu schaffen, dass "millionenfach ein Mensch zugrunde gegangen ist". Das Wissen um die Täter hielte bis heute die Frage aktuell: "Wie ist eine solche Entmenschlichung möglich geworden?" Die Geschichte trage nun den Deutschen eine besondere Verpflichtung gegen jede Form der Ausgrenzung auf. Lammert verwies auf die fremdenfeindlich motivierten NSU-Morde und machte deutlich: "In Deutschland ist Intoleranz nicht mehr tolerierbar."

Hass ist ein Gefühl ist, das in eine Sackgasse führt

Granin schilderte das Grauen der Blockade Leningrads eindrucksvoll. "Die Deutschen wussten ganz genau, wie es um die Stadt steht und wie sie unter dem furchtbaren Hunger leidet. Die Blockade hielt fast drei Millionen Menschen im Würgegriff. Der Tod kam leise, mucksmäuschenstill, tagein und tagaus." Granin erinnerte an die vielen Hungertoten in der Zeit der Blockade. Es habe Zeiten gegeben, da seien über 3000 Menschen am Tag an ihrem Hunger gestorben. Die Blockade der Stadt dauerte fast 900 Tage.

Granin sagte, er haben Deutschland lange nicht verzeihen können, dass die Blockade vor allem Zivilisten das Leben gekostet habe, die sich nicht zur Wehr setzen konnten. "Die Aussöhnung war für mich keine leichte Sache", so Granin, "Mir war klar, dass Hass ein Gefühl ist, das in eine Sackgasse führt. Hass hat keine Zukunft, er ist kontraproduktiv. Mir war klar, dass man vergeben können muss, aber auch nichts vergessen darf."

Die Gedenkstunde im Bundestag findet seit 1996 jährlich anlässlich des Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch russische Soldaten am 27. Januar 1945 statt. Im vergangenen Jahr sprach die deutsch-israelische Schriftstellerin Inge Deutschkron vor den Abgeordneten. Im Jahr zuvor übernahm diese Aufgabe der Literaturkritiker und Überlebende des Warschauer Ghettos Marcel Reich-Ranicki, der im September 2013 in Frankfurt verstarb.

Weitere Informationen gibt es auch hier:



www.spdfraktion.de/facebook



www.spdfraktion.de/googleplus



www.spdfraktion.de/twitter



www.spdfraktion.de/youtube



<http://www.spdfraktion.de/flickr>